

Wohnungsbaugesellschaft gründen

Wenn der Markt versagt, muss die Kommune ihre schützende Hand über die Menschen halten

DIE LINKE. im Kreistag Aurich beobachtet die derzeitige Diskussion um die Versorgung von Flüchtlingen in den Kommunen des Landkreises Aurich mit wachsender Sorge. Die Debatte wird derzeit über die Höhe der Kosten für die Bereitstellung von ausreichendem Wohnraum geführt. Es werden dabei Summen genannt, die jedem Menschen mit normalen Einkommen schwindelig werden lassen müssen. Dabei ist dieser Zustand hausgemacht. Er ist ein künstlicher Mangel in einem der reichsten Länder der Welt. Er wurde erzeugt durch die Umverteilung von unten nach oben durch das neoliberale Dogma von „privat geht vor öffentlich“. Dadurch ist der soziale Wohnungsbau auch in Ostfriesland völlig zum Erliegen gekommen, weswegen der so genannte freie Markt bereits seit Jahrzehnten nicht in der Lage ist, den Menschen mit geringem Einkommen bezahlbare Wohnungen mit angemessener Qualität und Größe zur Verfügung zu stellen. Insbesondere Bezieherinnen und Bezieher von Hartz-IV-Leistungen und Grundsicherungsbezieherinnen und -Bezieher leiden darunter, das Jobcenter und Sozialamt bei der Bewilligung der noch als angemessen akzeptierten Miete oftmals rigide und an den Realitäten des Mietwohnungsmarktes vorbei zu ihren Lasten entscheidet. Mit der Ankunft der Flüchtlinge erhöht sich der Druck auf den Wohnungsmarkt in dem Segment für preiswerten Wohnraum. Einheimische und die Menschen, die dies werden wollen, werden zu Konkurrenten um den immer geringer werdenden Wohnraum. Tendenziell werden dadurch Spannungen geschürt und Integration verhindert, weil sich die Menschen, die von sozialer Ausgrenzung bedroht oder betroffen sind, erneut alleine gelassen und zurückgestellt gefühlt dürfen.

Um nicht missverstanden zu werden: Die Ankunft der Flüchtlinge in Deutschland ist Ausdruck der real existierenden Not in dieser Welt, für die auch Deutschland verantwortlich ist. Dazu gehören die ungleichen Wirtschaftsstrukturen genauso wie die Kriege, die angeblich im Namen der Demokratie und Menschenrechte geführt werden, aber tatsächlich die Sicherstellung der Versorgung mit Rohstoffen im Blick und dabei zur dauerhaften Destabilisierung ganzer Regionen geführt haben. Menschen verlassen nicht ohne schwerwiegende Gründe massenhaft das, was wir Heimat nennen. Sie tun dies, weil sie keine Perspektive haben und sie wenigstens ihre nackte Haut retten wollen. Ihnen gehört unsere Solidarität, weil wir ein Teil der Ursache sind. Unsere Aufgabe ist es daher, sie dabei zu unterstützen, sich in einem fremden Land zurecht zu finden und sich nicht dauerhaft der staatlichen Fürsorge übergeben zu müssen.

Der Kreistag möge deshalb beschließen:

- a. Der Landkreis und die Kommunen gründen eine öffentliche Wohnungsbaugesellschaft mit dem Ziel, flächendeckend im Landkreis preiswerten Wohnraum zu schaffen, der von Einheimischen ebenso wie von Flüchtlingen genutzt werden soll.
- b. Die Mindestzeichnung des Stammkapitals und das damit verbundene Stimmrecht orientieren sich an den prozentualen Anteil der jeweiligen Kommune an der Kreisumlage.

Aurich, den 19. Juli 2015

für DIE LINKE. im Kreistag Aurich

Jan Roß

Fraktionsvorsitzender

Blanka Seelgen

Kreistagsabgeordnete